Solidarität
unsere Chance

Gewerkschafter:innen
gegen Atomenergie und Krieg
ggae@gmx.at * atomgegner.at

ÖSTERREICHISCHES SOLIDARITÄTSKOMITEE
Plattform pro Sozialversicherung
oesolkom@gmx.at * prosv.at

Nummer 2 * **solidaritaet@gmx.at** * **Mai 2025**

Einladung zur Podiumsdiskussion

Do., 15. Mai 2025, 19.30 Uhr

Stiftgasse 8, 1070 Wien, Amerlinghaus, Galerie, 1. Stock

80 Jahre Kriegsende – 80 Jahre II. Republik
70 Jahre Staatsvertrag – 70 Jahre Neutralität
Und heute?

Weltweit Wettrüsten und Kriege:

Österreich – schutzlos ausgeliefert?

Ausbau von Sozialstaat und Neutralität statt Kriegsteilnahme!

Podiumsteilnehmer:innen:

Günther Greindl
General i.R., ehem. Leiter von UN-Missionen

Michael Kösten
Gewerkschafter:innen gegen Atomenergie und Krieg

Wilfried Leisch
Plattform pro Sozialstaat / proSV

Gabriele Matzner
Botschafterin a.D.

Josef Mühlbauer
Politikwissenschaftler, Friedensjournalist

Veranstalter:

Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg
Solidarität unsere Chance – Österreichisches Solidaritätskomitee
proSV
Unsere Neutralität = unsere Sicherheit
www.unsere-neutralität.at

Anmeldung erwünscht: ggae@gmx.at * Freier Eintritt, Spenden erbeten

Die Neutralität im Regierungsprogramm:

Vorbereitungen zur völligen Aushöhlung bzw. Abschaffung der Neutralität!

Die USA rüsten weiter und weiter für noch mehr Kriege. Schon jetzt macht das US-Kriegsbudget rund 1.000 Milliarden Euro, das der restlichen NATO-Staaten (Kanada und Europa) rund 500 Milliarden Euro aus. Russland stockte sein Militärbudget auf rund 100 Milliarden Euro auf. Die EU und „die Europäer" haben schon seit der Ukrainekrieg-„Zeitenwende" aufgerüstet wie nie zuvor und nützen jetzt die Trump-„Zeitenwende" zu „Re Arm Europe/Readiness 2030" und wollen 500 bis 700 Milliarden, in den nächsten 10 Jahren sogar bis 3.000 Milliarden Euro für Aufrüstung ausgeben (siehe dazu unsere Zeitung 1/25: http://atomgegner.at/wp-content/uploads/2025/02/Soli-Ztg_1-25_Maerz-2025_HP.pdf).

Wo steht Österreich, was macht Österreich?

Bundeskanzler Stocker beteuert, die Neutralität stehe nicht zur Diskussion, aber nur weil er bedauert, dass er im Parlament derzeit keine Zweidrittelmehrheit dafür zustande bringt. D.h. bei der erstbesten Gelegenheit würde er die Neutralität sehr wohl über Bord schmeißen und die 80 bis 90%ige Mehrheit in der Bevölkerung für die immerwährende Neutralität ignorieren. Die neue Außenministerin, Meinl-Reisinger von den NEOS, bekannt als vehemente Gegnerin der Neutralität, will die Eingliederung Österreichs in die Aufrüstung und Kriegsvorbereitung von EU/NATO/Deutschland vorantreiben. Die Neutralität, so Meinl-Reisinger, stehe in der Verfassung, aber genauso die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) bzw. Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU (Ö1, Journal zu Gast, 8.3.2025, Krone, 9.3.2025).

Genau! Über den Hebel GSPV/GASP will die Regierung die Neutralität aushebeln und letztendlich aufheben. Schauen wir ins neue Regierungsprogramm. Dort kommt die Neutralität nur sechsmal, GSVP hingegen neunmal vor. (https://www.dievolkspartei.at/Download/Regierungsprogramm_2025.pdf)

Dabei wird im Regierungsprogramm ausdrücklich festgehalten, dass die GSVP dazu dient, **dass sich Österreich an einer *„Schnellen Eingreiftruppe"* der EU im Rahmen von *Lissabonner Vertrag* und dem *Strategischen Kompass der EU* sowie an *„der kommenden Entwicklung der Europäischen Verteidigungsunion (EVU)"* beteiligt** (Seite 84). Zudem wird im Regierungsprogramm (Seite 122) betont, sich *„für die Einleitung einer* (EU-)*Vertragsreform auf Basis der Ergebnisse der* (EU-)*Zukunftskonferenz stark machen"* zu wollen. Diese „EU-Zukunftskonferenz" vom Mai 2022 sieht vor, dass die EU im Rahmen von GASP und GSVP **gemeinsame EU-Streitkräfte** (auch für außereuropäische Einsatze) **im Zusammenspiel mit der NATO** schafft, die auch die EU-Beistandspflicht (Art. 42 Absatz 7 d. EU) erfüllen können**. Um dieses Ziel leichter zu erreichen, soll das Einstimmigkeitsprinzip durch eine qualifizierte Mehrheit bei EU-Entscheidungen ersetzt werden** (https://www.bmeia.gv.at/themen/europapolitik/eu-zukunftskonferenz (Siehe ab Seite 65, bzw. Seite 70, 72, 90). **Das heißt, die großen Länder könnten dann über die kleinen Länder drüberfahren, sie überstimmen.**

Dazu passt, dass der künftige deutsche Kanzler Merz im Bundestag mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD, Grüne mit der noch alten Parlamentszusammensetzung mit Zweidrittelmehrheit die Schuldenbremse im deutschen Grundgesetz für die 1.000 Milliarden Euro schwere direkte und indirekte Kriegsaufrüstung aufgehoben hat. Merz erklärt den Zweck der Aufrüstung, dass die *„eigene deutsche Wehrhaftigkeit"* auch der *„erste große Schritt zu einer neuen europäischen Verteidigungsgemeinschaft"* sei, *„eine Allianz, die auch ohne die USA oder vielleicht auch ohne die NATO auskommen könnte"* (zit. nach Kurier, 19.3.2025).

Da schließt sich der unheilvolle Kreis zum österreichischen Regierungsprogramm, …

… dass sich Österreich ebenfalls an die „europäische Verteidigung", also frei nach Merz, an Deutschland anschließen will. Ungeheuerlich, betrachtet man die Geschichte, was solche „Anschlüsse" in der Vergangenheit für Verderben über Österreich brachten. Unterwürfig jubelt bei uns dazu der Leitartikel der gleichen Kurier-Ausgabe stellvertretend für Wirtschaft und Militär, dass *„Merz damit Deutschland wieder einen Platz auf der Weltbühne verschafft"* habe, *„was auch eine Erleichterung für ganz Europa – und auch für Österreich"* wäre (Kurier, 19.3.2025).

Schon bisher soll die Neutralität durch die aktive Kriegsbeteiligungspolitik Österreichs, z.B. an Sky Shield (Deutschlands EU/NATO-(Langstrecken)Raketenprojekt), weiter ausverkauft werden. Doch Mitmachen bei Sky Shield (= Anschaffung und Stationierung von Mittel- und Langstreckenraketen in Österreich) schützt Österreich nicht. Im Gegenteil: Das macht unser Land erst zum Angriffsziel.

Zur Verteidigung der Neutralität, des österreichischen Territoriums und Luftraums, braucht es kein EU/NATO/Deutschland-Sky Shield. Drohnen und unerlaubte Überflüge können und brauchen nicht mit Mittel- und Langstreckenraketen abgewehrt werden. Sky Shield ist also für etwas anderes gedacht: zum Hineinziehen Österreichs in die EU-NATO-Deutschland-Kriegs- und Aufmarschpläne gegen Osten, v.a. gegen Russland.

Die Begründung der Teilnahme Österreichs an Sky Shields als „Einkaufsgemeinschaft", die die Beschaffung billiger mache, ist reine Ablenkungs-Propaganda. Der angeblich „billigere Einkauf" von etwas, das wir gar nicht benötigen, entpuppt sich als teures Abenteuer, das in Zukunft vielen, v.a. jungen Menschen, das Leben kosten kann. Schon wird die Verlängerung des Grundwehrdienstes und die Wehrpflicht der Frauen diskutiert. Billiger wäre es ohne Sky Shield, was alleine 7 Milliarden Euro kostet.

Man redet von Neutralität und Sicherheit, höhlt aber gleichzeitig die Neutralität höchst gefährlich weiter aus. Ziel ist letztlich die Abschaffung, um Österreich vollends der EU/NATO und vor allem Deutschland unterzuordnen. Die neue Außenministerin will in ihrem Amt dafür laut Eigenaussage Stimmung machen (siehe: Ö1, Journal zu Gast, 8.3.2025, Krone, 9.3.2025).

Dass auch die Gewerkschaft des neutralen Österreich „ReArm Europe“, begrüßt, also bei der Aufrüstung Europas mitmacht, wohlweislich, dass dafür bei Sozialem das Geld fehlt, ist besonders widerlich. Siehe dazu die GPA-Stellungnahme (https://www.gpa.at/themen/internationales/rearm-europe--europas-weg-zu-einer-staerkeren-verteidigung) und unseren Kommentar dazu an anderer Stelle dieser Zeitung.

Verpflichtende EU-Beistandspflicht für das neutrale Österreich? NEIN!

Dazu gehört, dass von der Regierung auf Geheiß von Wirtschaft und Militär die Aufrüstung mit der „Notwendigkeit“, angeblich im Falle des Falles der EU-Beistandspflicht entsprechen zu „müssen“, gerechtfertigt wird. Doch das ist eine Propagandalüge. Denn beim EU-Beitritt hat Österreich ausdrücklich einen Neutralitätsvorbehalt („Irische Klausel“) festgelegt. Dieser besagt, Österreich kann, **muss aber nicht** mitmachen!!! Das hat schon mehrmals der Sicherheitsexperte und Politikwissenschaftler Prof. Heinz Gärtner, Uni-Wien, Vors. d. Beirats d. International Institute for Peace (IIP), Vors. d. Beirats für Strategie und Sicherheitspolitik der Wissenschaftskommission beim Bundesheer, nachgewiesen:

TN: „Durch die Ratifikation des Lissaboner-Vertrages ist Österreich Mitglied in einem Sicherheits- und Verteidigungsbündnis geworden. Die Artikel 42/7 dieses Vertrages stipuliert die Verpflichtung zu gegenseitiger Hilfe im Falle eines bewaffneten Angriffes auf einen EU- Mitgliedstaat. (...) Die sogenannte ‚Irische Klausel‘ im Artikel 42/7 enthebt uns nicht der Verpflichtung auch zur militärischen Hilfestellung im Fall eines Angriffes auf ein EU-Mitglied (...) denn den Verfassungsbestimmungen zur Neutralität wurde der Artikel 23/j hinzugefügt. Dieser erlaubt ausdrücklich die Teilnahme auch an militärischer ‚Friedenschaffung‘„.

HG: Selektive Interpretation! Artikel 23j deckt keineswegs die gesamte EU-Verteidigungspolitik ab – dazu bräuchte man diesen Artikel nicht. Abgesehen von der irischen Klausel, die nicht nur in Artikel 42.2, sondern auch 42.7 EU-Vertrag vorkommt und die Ausnahme von kollektiver Verteidigung ermöglicht, regelt 23 j genau, wo Österreich teilnehmen kann. Er bezieht sich auf die Petersbergaufgaben in Artikel 43 und 42.1 außerhalb der Europäischen Union und nicht auf Artikel 42.7: Damit gemeint sind „die Einleitung einer Mission außerhalb der Europäischen Union, die Aufgaben der militärischen Beratung und Unterstützung, Aufgaben der Konfliktverhütung und der Erhaltung des Friedens oder Kampfeinsätze im Rahmen der Krisenbewältigung einschließlich Frieden schaffender Maßnahmen und Operationen zur Stabilisierung der Lage nach Konflikten umfasst, sowie bei Beschlüssen gemäß Artikel 42.2.” Dazu kommt die Erwähnung der Notwendigkeit zur Übereinstimmung mit den „Grundsätzen der Vereinten Nationen”, was eine Einschränkung reiner „Verteidigung” bedeutet. In den Erläuterungen zu Artikel 23j wird zweimal erwähnt, dass der Artikel in Übereinstimmung mit den „Verpflichtungen Österreichs aus dem Bundesverfassungsgesetz über die Neutralität” zu interpretieren ist, wodurch „die österreichische Neutralität durch den Vertrag von Lissabon gewahrt bleibt. Österreich wird auch in Zukunft selbst darüber entscheiden, ob sowie auf welche Weise Unterstützung geleistet wird.”

(Quelle: International, Nr. 1/2023, Seite 16)

Selbst der für NATO-Beitritt und EU-Kriegsbeteiligung Österreichs lobbyierende und gerne von Medien für die EU-NATO-Kriegspolitik interviewte Jurist MMag. Ralph Janik, von der Sigmund Freud PrivatUniversität, Lehrbeauftragter an der Universität Wien, der Andrássy Universität Budapest und der Universität der Bundeswehr München, muss in Bezug auf die EU-Beistandspflicht und Österreichs Neutralität einbekennen:

„Österreich ist – formalrechtlich – allerdings in jedem Fall von einer rechtlichen Verpflichtung ausgenommen**, andere Staaten durch Kriegsgerät oder gar die Entsendung eigener Soldat*innen zu unterstützen. Der allgemeine Verweis auf die Besonderheiten der Verteidigungspolitik eigener EU-Mitglieder wird bei der Beistandsklausel noch einmal wiederholt (die sogenannte Irische Klausel – Irland hatte auf ihre Aufnahme gedrängt). Damit kann Österreich mit Verweis auf die immerwährende Neutralität von jedweder militärischer Hilfe absehen. Sofern ein letzter Rest der strengen völkerrechtlichen Neutralität den EU-Beitritt und die Entwicklung der GASP/GSVP überlebt hat, **kann hier sogar eine Verpflichtung zu militärischer Passivität bestehen.“ (https://www.oegfe.at/policy-briefs/neutralitaet-und-der-oesterreichische-beitrag-zur-eu-sicherheitspolitik/; 5. Okt. 2022 – Hervorhebung durch die Red.)

Aus: Kleine Zeitung, 5.2.2025, Pismestrovic

Österreich muss sich positionieren …

… heißt es von den Regierenden. Was sie meinen, haben wir dargelegt. Sie meinen an der Seite von EU/NATO, v.a. aber wieder einmal an der Seite Deutschlands.

Ja, Österreich muss sich positionieren. Schnell! An der Seite der immerwährenden Neutralität, die wir ja haben! Weder an der Seite von USA/EU/ Deutschland, noch an der Seite Russlands oder einer anderen Großmacht! Österreichs Entscheidungsträger müssen endlich das achten und umsetzen was wir haben, was die Bevölkerung auch will: die immerwährende Neutralität! Wir müssen dem allen gegenüber mehr denn je an der Neutralität festhalten, weil Neutralität Nicht-Kriegsteilnahme bedeutet. Das heißt auch, alles zu tun, sich eben nicht an Aufrüstung und bestehenden

und potenziellen Kriegsparteien anzunähern oder anderen Kriegsprogrammen teilzunehmen. Deshalb nie wieder mitmachen oder gar mitmarschieren bei Kriegen.

Von Österreich geht keine Gefahr aus. Gegen die Kriegstreiber in Ost und West.

Verteidigung der Neutralität ja, Kriegsteilnahme durch Aufrüstung zum Zweck des Mitmachens bei den Aufrüstungs- und Kriegsplänen von Großmächten und Militärblöcken, nein! **Die jetzt von „Sicherheit durch Aufrüstung" reden, werden dann nicht den Kopf hinhalten, das müsste dann die Bevölkerung, v.a. die jungen Leute tun!**

Lassen wir uns von den Neutralitäts-Abschaffern und von den nach hunderten Milliarden gierenden Konzernen und ihren politischen Handlangern in Militär, Wirtschaft und Politik – und zwar in JEDER politischen Partei (ob in der Regierung, ob in der Opposition) nichts einreden! Während für Soziales eine „Maastricht-Budget-Obergrenze" gilt, wird für Kriegsaufrüstung die „EU-Schuldenbremse" gelöst. Wenn wir die Milliarden für die Kriegsaufrüstung hätten, haben wir kein Budgetloch! Dann gäbe es diese Milliarden für Soziales, Bildung, Gesundheit, Pensionen, Klimaschutz, die schon jetzt und erst recht für eine gute Zukunft notwendig sind.

Die EU unter Führung Deutschlands rüstet unter dem Vorwand der Verteidigung zum Krieg gegen Russland. Österreich darf da unter keinen Umständen mitmachen!

Geht es nach der österreichischen Regierung, dann sollen Österreicher so wie schon zweimal in der Geschichte wieder an der Seite Deutschlands gegen Russland in den Krieg ziehen.

Wir verurteilen den völkerrechtswidrigen Krieg Russlands gegen die Ukraine genauso wie wir die völkerrechtswidrigen Kriege der USA z.B. gegen Jugoslawien (unter Mithilfe Deutschlands), oder der USA gegen Vietnam, Afghanistan, Irak, Syrien usw. verurteilen.

Doch wer die Vorgeschichte des Ukraine-Krieges absichtlich ausblendet und eine EU/NATO Aufrüstung als Verteidigung gegen Russland propagiert, arbeitet auf einen großen Krieg hin. Der Ukraine-Krieg ist ein Stellvertreterkrieg zwischen (dem privat-kapitalistischen Konzern-Kapitalismus) USA und (dem oligarcho-staats-kapitalistischen) Russland, zwischen dem großen (USA) und kleinen (Russland) Räuber. Der Ukraine-Krieg dient als Anlass und Vorwand zu noch mehr Rüstung im Namen von „Verteidigung", „Frieden", „Sicherheit", um die jeweils eigene Position der Staaten und ihrer Konzerne im internationalen kapitalistischen Konkurrenz-kampf zu stärken und den jeweils anderen zu unterdrücken oder zu besiegen. In diesem Kampf stehen sich die starken Staatengruppen USA/NATO, die EU unter Führung Deutschlands, sowie China/Russland gegenüber.

US-Mittel- und Langstreckenwaffen werden 2026 in Deutschland stationiert

Die USA hat im Laufe der Jahre alle zentralen Verträge mit Russland bezüglich der amerikanischen und russischen Atomwaffen und Trägersysteme bis auf einen gekündigt. Dieser letzte Vertrag zur rechtlich verbindlichen Begrenzung der amerikanischen und russischen Atomwaffen (und Trägersystemen) läuft nun im Februar 2026 aus.

Am 10. Juli 2024 hat die USA nun mit Deutschland einen Vertrag geschlossen, der besagt, dass die USA ab 2026 drei Raketen-Waffensysteme in der Bundesrepublik stationieren wird.

Tomahawk-Marschflugkörper, Reichweite 1.700 km bis 2.500 km, 900 km/h Geschwindigkeit.

Standard Missile 6 (SM-6), Reichweite 1.600 km, 6.125 km/h.

Hyperschall-Rakete (Dark Eagle) 2.700 km – 3.000 km, 21.000 km/h

Von dem wahrscheinlichen Stützpunkt für die Raketen in Deutschland (Grafenwöhr) sind es 1.700 km nach Moskau. Der Dark Eagle braucht dann nur fünf Minuten bis dorthin.

> ***Am 12. Dezember 1979** kam es zum **NATO-Doppelbeschluss**.*
>
> *Das heißt, die Außen- und Verteidigungs-minister der NATO beschließen, die in Westeuropa stationierten nuklearen Mittelstreckenwaffen durch Raketen des Typs Pershing II und Cruise Missile nachzurüsten. Die Raketen wurden zwar aufgestellt, doch ab Anfang der 80er Jahre demonstrierten dann in Europa Millionen Menschen gegen dieses Wettrüsten zwischen USA und Russland, gegen die Gefahr eines Dritten Weltkrieges und für den Frieden. Die Themen Frieden, Nuklearkrieg und Sicherheitspolitik gehörten zum Alltag. Die Proteste erreichten 1983 in den Ländern Westeuropas mit Massendemonstrationen, Sitzblockaden, Menschenketten und Schweigeminuten ihren Höhepunkt. Allein am 22. Oktober 1983 demonstrierten in Deutschland 1 Million Menschen gegen NATO-Doppelbeschluss! Der jahrelange Widerstand von Millionen von Menschen in Deutschland trug dazu bei, dass es letztlich 1987 zwischen den USA und Russland doch zu Abrüstungsabkommen und der Verschrottung aller amerikanischen und sowjetischen Mittelstreckenraketen kam.*

Mit den nun in Deutschland ab 2026 geplanten Feuereinheiten können vermutlich ohne Nachladungen 48-72 Raketen verschossen werden. Diese geplanten Mittelstreckenwaffen (und Langstreckenwaffen) sind auf Grund ihrer Offensiv- und Erstschlagfähigkeiten reine strategische Angriffswaffen und erhöhen für Russland die Bedrohung durch die USA immens. Durch die Stationierung dieser Raketen gerät Deutschland in die direkte und zugespitzte Konfrontation zwischen den Nuklearmächten USA und Russland. **Den USA**

die Möglichkeit zu geben, von deutschem Boden strategische Ziele in Russland anzugreifen, macht Deutschland zur Abschussrampe für die USA und zur Zielscheibe Russlands. Durch die Aufnahme in die nukleare Zielplanung Moskaus wird Deutschland dem Risiko eines Krieges, wenn nicht eines Atomkrieges ausgesetzt, ohne selber über Atomwaffen zu verfügen. In einem Schlagabtausch zwischen Raketen auf deutschem und russischem Territorium würde Deutschland das Hauptrisiko tragen. (https://www.imi-online.de/download/Ausdruck_119_Gesamt_neu.pdf)

Die EU betreibt unter der Führung der neuen Regierung in Deutschland im Interesse der Superreichen samt der Rüstungsindustrie eine gigantische Aufrüstungspolitik.

Spätestens 2029, so die Politiker und Militärs, ist Deutschland (EU) für den Krieg gegen Russland militärisch bereit https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw23-de-regierungsbefragung-1002264).

Von der Leyen schlug nun für die EU ein Kriegsaufrüstungspaket von 500 Milliarden Euro vor. Deutschlands Außenministerin Baerbock sprach von rund 700 Milliarden Euro (Berliner Zeitung, 17.2.2025). In Wirklichkeit ist noch viel, viel mehr vorgesehen: Laut US-Finanzmärkten wollen die größten europäischen Mächte über die nächsten 10 Jahre fast 3.000 Milliarden Euro für Militär und Aufrüstung ausgeben (Bloomberg Economics, 17.2.2025). Das Kriegsmaterial soll vor allem in den USA gekauft werden (FAZ, 14. Und 16.2.2025). Das sind rund 7.000 Euro pro EU-Bewohner! (https://www.nachdenkseiten.de/?p=128869, 18.2.2025).

Für die Rüstung soll die EU-Schuldenbremse ausgesetzt werden. Geht es jedoch um Soziales, Gesundheit, Bildung usw. also um ein gutes Leben für alle, ist angeblich kein Geld da. „Europa“ wird also selbst noch mehr aufrüsten. Die Aktien der europäischen Waffenproduzenten steigen um das Zigfache, (z.B. Rüstungskonzern Rheinmetall: früher 30 Euro pro Aktie, nun 1.300 Euro pro Aktie). Die marode Autoindustrie bietet der Regierung schon an, einige Werke umzubauen, um dadurch Rüstungsgüter herstellen zu können.

Um diesen Aufrüstungs- und Kriegskurs als unbedingt „lebens“notwendig darzustellen, versuchen uns die Spitzenpolitiker von EU und Großbritannien samt 95% aller Medien tagtäglich weiszumachen, dass Putin nach der Ukraine weitere Staaten in Europa angreifen und sie auch besetzen würde und dann auch in Berlin mit seinen Truppen stehen würde! Durch diese Angstmache, durch diese Lügen-Propaganda hoffen sie vor allem, dass die Menschen auch die ganze Teuerung im Sozialbereich, bei den Löhnen und Gehältern, im Gesundheitswesen usw. unwidersprochen hinnehmen, denn die Devise heißt nun Milliarden sparen bei der Bevölkerung, dafür Milliarden Euro bei Aufrüstung – zum Krieg. Das Rüstungsbudget der EU/NATO ohne USA und Kanada ist ca. vier Mal so hoch wie das von Russland, das der USA ca. zehn Mal so hoch!

Die Propaganda, „der Russ kommt“ dient in Deutschland (und auch bei uns) einzig und allein dazu der Bevölkerung Angst zu machen, das Sparen bei der Bevölkerung als unabdingbar hinzustellen und die gigantische Aufrüstung auf Kosten der Menschen und dann Krieg gegen Russland zu legitimieren.

Und was bedeutet das für Österreich?

Österreich ist neutral, bis zu 90% der Österreicher sind für die Beibehaltung unserer Neutralität!

Die Regierung(en) bei uns und die jetzige Regierung umso mehr befördern die Aufrüstung, nun insbesondere die Teilnahme an Deutschlands/EU/NATO Sky-Shield Raketen-Programm. Und sie behaupten auch schon, dieses Raketen-Programm sei notwendig, weil ja „der Russ sonst kommt“. Unsere Politiker behaupten gleichzeitig, das Raketen-Programm, Kosten 7 Milliarden Euro) sei mit unserer Neutralität vereinbar - das ist gelogen.

Die Militärs bei uns sind da manchmal offener:

Österreichs ranghöchster Offizier General Rudolf Striedinger, der ebenfalls für den Ankauf von Sky-Shield ist, spricht davon, dass Österreich die „Chance“ hat, sowohl der EU als auch der NATO bei Aufrüstung und Krieg gegen Russland beistehen zu können. Das ist ungeheuerlich, brandgefährlich und politischer und militärischer Landesverrat eines auf die Verfassung Österreichs mit dem Verfassungsgesetz der immerwährenden Neutralität Österreichs angelobten und aus unseren Steuergeldern finanzierten obersten Militär. Der Herr General sagte u.a.: Es ist *„unsere Zielsetzung, dass wir in Europa erstens ein verlässlicher Partner, zweitens eine Zone sind, die mitten in Europa liegt, aber trotzdem gut geschützt ist. Damit können sich Nachbarländer darauf verlassen, dass Österreich nicht für irgendwelche ausländischen militärischen Maßnahmen genützt werden kann …, weil wir nicht ein militärisches Vakuum mitten in Europa sein dürfen*“. Natürlich soll Österreich kein militärisches Vakuum sein, soll und darf sich aber als immerwährend neutraler Staat nicht zum Aufmarschgebiet der einen oder der anderen Seite machen. Doch Österreich ist seit vielen Jahren sowohl Durchmarschgebiet für NATO-Truppen sowohl aus europäischen NATO-Staaten als auch aus den USA als auch Überflug-Gebiet für NATO-Flüge.

Doch der Herr General Striedinger will ausdrücklich mehr! Denn auf die Kurier-Frage was denn mit unserer Neutralität sei, wenn z.B. der EU-Rat beschließt, dass sich EU-Mitgliedsstaaten an einer militärischen Aktion beteiligen, antwortet **Striedinger** freizügig: *„**Das heißt, wir sind dann in diesem konkreten Fall nicht mehr neutral.** Diese Regel ist insofern ganz wichtig, weil wir ja auf der einen Seite mitten in Europa liegen und viele Transversalen durch Österreich gehen. Wir können auf diese Weise einen wertvollen Beitrag für die notwendige militärische Mobilität sicherstellen, etwa in einer Auseinandersetzung mit Russland beispielsweise für die NATO. Auf der anderen Seite sind wir aber nach wie vor ein neutrales Land …“* (Hervorhebung durch die Red.

(Die obigen Zitate in Kursivschrift stammen aus dem Interview des Kuriers mit General Striedinger, 26. 10. 2024, Seite 6)

Das ist ungeheuerlich und unverfroren. Erstens sagt der Herr General, wenn er von „EU-Regel“ spricht, bewusst die Unwahrheit. Österreich hat mit dem EU-Beitritt auch die sog. Irische Klausel unterschrieben, die lautet, dass Österreich als neutraler Staat sich beteiligen KANN aber NICHT MUSS – von „Regel“ also keine Spur. Zweitens betrachtet er auch, wenn NATO-Truppen durch Österreich ziehen, diese nicht als ausländische Truppen! Zudem will er drittens nicht Österreich für „irgendwelche ausländische militärische Maß-

nahmen“ nützen lassen, sondern ausdrücklich für NATO-Truppen und das viertens den Menschen in Österreich weiterhin als mit der Neutralität vereinbar verkaufen.

Das ist brandgefährlich – das würde uns direkt zum Angriffsziel in einem Krieg Deutschland/EU gegen Russland machen.

Weil trotz der herrschenden Kriegspropaganda gegen die Neutralität bis zu 90% der Bevölkerung die immerwährende Neutralität Österreichs befürworten und beibehalten wollen, reden die Herrschenden weiter von Neutralität, rüsten aber zur Kriegsteilnahme. Sie wollen so von der Neutralität zur NATO-Realität gelangen. Auf diese entlarvenden und empörenden Aussagen von General Striedinger gab es vom Bundespräsidenten abwärts bis hin zu den Parteien keinen Aufschrei. Auch nicht von der sich angeblich der Neutralität verschriebenen und bei der Wahl siegreichen FPÖ, die viele Menschen auch wegen des Ausverkaufs der Neutralität gewählt haben, weil sie diesmal der FPÖ Glauben schenken wollten, dass sie die Neutralität verteidigen. Das zeigt wie Wirtschaft, Militär, Politik und Medien gleichgeschaltet sind.

Beim Wettstreit der Kriegstreiber darf das immerwährend neutrale Österreich nicht mitmachen!

Keinerlei Teilnahme an Aufrüstung und Kriegen an niemandes Seite!

Die Neutralität ist wichtiger denn je!

JA zur immerwährenden Neutralität und Unabhängigkeit Österreichs!

Einsatz unserer Regierung für Waffenstillstand und Frieden!

Gegen die Kriegstreiber in Ost und West!

USA: Wirtschaftskrieg gegen China – in erster Linie als Vorbereitung für den geplanten Krieg mit Waffen!

Donald Trump fährt in seinem Wirtschaftskrieg gegen China die „schärfsten Geschütze“ auf, 145% Zoll auf alle chinesischen Waren. Das heißt, jedes Produkt, das China in die USA einführen wollen, kostet fast 2 ½-mal so viel wie der angegebene Preis. D.h. China wird in die USA kaum mehr Waren exportieren. Auch andere Staaten will Trump sanktionieren, die chinesische Waren einkaufen. Über den Versuch einer wirtschaftlichen Schwächung Chinas hoffen die US-Herrschenden letztlich auch eine militärische Schwächung Chinas zu erreichen.

Die USA hat in ihren Sicherheitsanalysen schon vor Jahren militärstrategische Pläne zum Krieg führen gegen „zwei Feinde“ gleichzeitig entworfen, gemeint waren Russland und China. Heute bedrohen die USA nun ihren Hauptkonkurrenten China massiver denn je.

Denn China ist für die USA laut ihrer strategischen Doktrin schon längst Hauptbedrohung für ihre globale Vorherrschaft. Joe Biden sagte z.B. 2021, dass um die militärische Bedrohung durch China im Süd-Pazifik zu bekämpfen, die USA schon seit langem im Pazifik zwei Mal jährlich Marine – Manöver abhalten. Im Juli 2022 haben sie z.B. bei einem Manöver Rimpac (Rim of the Pacific), Kriegsübungen mit ihren verbündeten NATO-Staaten Japan, Südkorea, Philippinen, Australien bzw. Klienten-Staaten wie Thailand, Singapur, Malaysia, Pakistan, mit 38 Schiffen, vier U-Booten, 170 Flugzeugen und 25.000 Mann, durchgeführt. Die USA ist von China ca.11.000 km, von den Philippinen ca.12.000 km entfernt. Man stelle sich vor, was die USA wohl täten, wenn China mit Kriegsschiffen samt 25.000 Soldaten vor der Küste Venezuelas auftauchen würden. Doch die militärische Provokation Chinas durch die USA geht immer weiter. Im Frühjahr 2023 machten der Flugzeugträger der US-Marine Georg Washington (5.600 Mann, 70 Flugzeuge) und Kriegsschiffe der japanischen Marine im Süd-Pazifik Manöver die gegen China gerichtet waren. Weiters hat die USA auf den Philippinen Zugang zu noch vier weiteren Militärstützpunkten erhalten, so dass die US-Streitkräfte dort nun neun solche Basen benutzen können.

„*US-Militärstrategen gehen laut der New York Times davon aus, dass jede Schlacht mit der VR China in jenem Gebiet stattfinden könnte, welches das Pentagon als „erste Inselkette“ bezeichnet. Dazu gehören Okinawa und Taiwan bis hinunter nach Malaysia, die Spratlys und die Paracels* (Inseln)*...*“

Im April 2023 hat die USA dann auch gemeinsam mit den Philippinen das Manöver Balikatan mit 17.000 Soldaten abgehalten. Dabei wurden auch zum ersten Mal Patriot-Raketen in dieser Region abgeschossen. Zu all dem sagte der philippinische Politikwissenschaftler und Militärexperte Prof. Roland G. Simbulan in einem Interview: *„Die imperialen Interessen der USA, die das Südchinesische Meer lange Zeit als Teil des ‚Amerikanischen Meeres‘ dominiert haben, sind nun durch die Herausforderung der defensiven Seemacht China in der Region bedroht, da die VR China ihre eigenen Ost- und Südküsten sowie die Seewege für den Handel schützt. Für die USA ist China zum Haupthindernis für ihre globale Vorherrschaft geworden, ungeachtet der Angriffe Russlands in der Ukraine.“* (Alles zitiert aus: Rainer Werning, 9.04.2023: https://www.nachdenkseiten.de/?p=96018 Ost-& Südostasien: US-Militärs in Manövermanie – die Einkreisung Chinas gewinnt an Konturen Teil I).

Der sogenannte „Verteidigungsring“ rund um China von dem die USA spricht, bedeutet in Wahrheit, die USA will China militärisch niederringen – das würde Krieg bedeuten, ja beinhaltet die Gefahr eines Weltkriegs. Die Kontrolle der Weltmeere war bis heute das Mittel der USA zur globalen Herrschaft. Die US-Pazifik Flotte z.B. hat ca. 350.000 aktive Marinesoldaten, 60.000 Reservisten, ca. 300 Schiffe plus ca. 2.000 Flugzeuge. Die USA brauchen und machen zur Aufrechterhaltung ihrer Weltherrschaft Kriege. Kriege brauchen Bedrohungsszenarien bzw. Feindbilder, um der Bevölkerung weiszumachen, dass es notwendig ist, hunderte Milliarden an Kriegskosten bzw. Folgekosten aus Steuern zu finanzieren, sie brauchen Feindbilder um die Soldaten zu motivieren und leichter Verbündete für ihre Herrschaftspläne zu gewinnen. Unter dem Vorwand sich gegen Schurkenstaaten, gegen Diktatoren einzusetzen, unter dem Vorwand sich für die Verteidigung der „freien Welt“ und „westliche Werte“ bzw. Menschenrechte einzusetzen, soll jedes Regime, das sich den US-Plänen widersetzt, gestürzt werden. Das beinhaltet die Gefahr eines Weltkriegs!

Vom Grundwehrdienst zum Kriegsdienst samt Frauenwehrdienst im Namen von Gleichberechtigung

Jetzt soll es schnell gehen mit der Erreichung der "Kriegstauglichkeit", wenn es nach den Militärs geht. So verlangt der Generalmajor und Milizbeauftragte des Bundesheeres sowie Generalanwalt von Raiffeisen, Erwin Hameseder, die Verlängerung und den Ausbau des Grundwehrdienstes zu einem Kriegsdienst. Auf die Frage ob in ein paar Jahren die Söhne der Menschen in Österreich dann vielleicht einmal aufs Schlachtfeld ziehen müssen, sagt Hameseder: "Ja. Das muss man ganz klar dazu sagen …. daher muss man auch über die Verlängerung des Grundwehrdienstes reden ..." (zit. nach ORF-TV, Im Gespräch, 23.3.2025)

Und der Präsident der Österreichischen Offiziersgesellschaft, Erich Cibulka, will über eine Wehrpflicht für Frauen nachdenken. Man könne „sehr innovativ denken und die Wehrpflicht nicht auf die männlichen Staatsbürger einschränken. Also eine Wehrpflicht für Frauen einführen“ (https://www.derstandard.at/story/3000000266000/offiziersgesellschaft-praesident-will-wehrpflicht, 16.4.2025).

Gleichberechtigung jetzt und heute im normalen Leben, statt „Gleichberechtigung“ am Schlachtfeld! Nein danke! Denn die „Gleichberechtigung“, von der die Generäle reden schaut so aus: Egal ob Männer oder Frauen, sie werden von den Generälen aufs Schlachtfeld zum Töten und Sterben geschickt. Die Generäle, die das befehlen, sitzen hingegen in warmen Stuben an ihren Schreibtischen.

GPA: EU-Aufrüstung sozial abfedern?

Die EU und „Europa“ wollen mit ihrem Kriegs-Aufrüstungsprojekt mindestens 800 Milliarden Euro investieren. Die Rüstungsindustrie und die Kriegstreiber jubeln. Und was sollen die Gewerkschaften machen?

Die SPÖ-Europa-Abgeordnete, Evelyn Regner, Mitglied des Europäischen Parlaments in der S&D-Fraktion und Delegationsleiterin der Europa-SPÖ, erklärt es uns: „Warum ist aber nun „ReArm Europe“ auch für Gewerkschaften wichtig? Ganz einfach: Eine stärkere militärische Ausrichtung wird nicht nur die geopolitische Lage verändern, sondern auch direkte Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die europäische Industrie haben. Der Ausbau der Verteidigungsindustrie kann neue Arbeitsplätze bringen. Dabei müssen gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten der Branche eine hohe Bedeutung haben … hat auch Auswirkungen auf andere Bereiche des Lebens, etwa auf soziale Sicherheitsnetze und Arbeitsmarktprogramme. Als Gewerkschaften müssen wir darauf achten, dass die Ressourcen nicht nur in militärische Aufrüstung fließen, sondern auch in Projekte, die der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung dienen – also in Projekte, die den Menschen in Europa wirklich zugutekommen. Wir müssen dafür sorgen, dass die sozialen Rechte der Arbeitnehmer:innen in der Verteidigungsindustrie und überall gewahrt bleiben und dass wir den Frieden nicht aus den Augen verlieren.“ (https://www.gpa.at/themen/internationales/eu-politik/unsere-stimme-im-europaeischen-parlament/rearm-europe--europas-weg-zu-einer-staerkeren-verteidigung)

Die GPA hat diese Aussagen unkommentiert auf ihrer Website gebracht. Nun wie es ausschaut, hat die GPA den Frieden bereits aus den Augen verloren. Seit wann sind Rüstungsarbeitsplätze „gute“ Arbeitsplätze? Wer „ReArm Europe“ so verharmlost und unterstützt, der nichts dazu sagt, dass für Aufrüstung die EU-„Schuldenbremse“ abgeschafft wird, aber für Soziales aufrecht bleibt, macht bei der Kriegsaufrüstung mit. Krieg kann man nicht „sozialer“ machen, indem man auf „gute Arbeitsbedingungen“ bei Rüstungsarbeitsplätzen schaut. Wie sollen denn die Rechte der Arbeitenden in der Rüstungsindustrie gewahrt bleiben? Höherer Lohn für tötende Kriegswaffen, „Erfolgsbeteiligung“ und/oder besser bezahlte Überstunden für zusätzliche Rüstungsschichten? Die werden kommen, weil ja „ReArm Europe“ die EU bis 2029 kriegstauglich machen will! Die in der Profitkrise steckende Industrie hofft durch staatlich garantierte Kriegsrüstungsaufträge ihre Profite zu sichern und zu erhöhen. Die Opfer sind alle Menschen, die dann mit diesen Waffen gegeneinander in den Krieg geschickt werden sollen. Oder glaubt jemand ernsthaft, dass die erzeugten Waffen für den Frieden produziert werden? Macht die GPA, weil sie mit der Wiedergabe dieses Artikels „ReArm Europe“, also die EU-Kriegsaufrüstung rechtfertigt und verharmlost, auch nichts zum Schutz und Ausbau der Neutralität – und das im 80. Jahr nach Kriegsende, im 70. Jahr von Staatsvertrag und Erklärung der immerwährenden Neutralität!? Und das obwohl die Gewerkschaften, der ÖGB, in ihren Statuten die Verteidigung der und das Eintreten für die Neutralität Österreichs, für Frieden und gegen Krieg stehen haben!

Legalisierung von staatlicher Spionagesoftware geplant

Der Datenschutzverein epicenter.works ist empört über den erneuten Versuch der Legalisierung von staatlicher Spionagesoftware (Bundestrojaner). Zum fünften Mal hat die österreichische Bundesregierung einen Versuch gestartet, die umstrittene Messenger-Überwachung zu legalisieren. Der Gesetzesentwurf untergräbt nicht nur das Grundrecht auf Datenschutz und gefährdet die gesamte IT-Sicherheit unseres Landes, sondern stellt letztendlich auch eine Bedrohung für unsere Demokratie dar. Die NGO ruft dazu auf, die Petition auf www.bundestrojaner.at zu unterzeichnen und sich in der parlamentarischen Begutachtung zu äußern.

Neutralität in Gefahr:

Außenministerin Meinl-Reisinger will Österreich in die EU-Kriegsbeteiligung hineinziehen

Die neue Außenministerin, Meinl-Reisinger von den NEOS, erklärte im Zuge der letzten Regierungsklausur, dass Österreich **im Ernstfall zu „militärischem Solidarbeitrag" innerhalb der EU bereit** sei. Dabei gehe es nur mehr um das „Wie", nicht um das „Ob".
https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/19560080/koalition-ist-im-ernstfall-zu-militaerischem-solidarbeitrag-in-europa; 8.4.2025).

Das ist unerhört und brandgefährlich. Das zieht Österreich in die EU/NATO/Deutschland-Kriegsvorbereitungen hinein. Das missachtet das Verfassungsgesetz der immerwährenden Neutralität und den Willen von 80% bis 90% der Österreicher:innen, die für die immerwährende Neutralität sind, d.h. für die Nicht-Kriegsteilnahme Österreichs. Daher muss die Regierung, muss die Außenministerin dieses Vorhaben zurücknehmen oder zurücktreten! Erfolgt keine Rücknahme der geplanten Kriegsteilnahme Österreichs im Rahmen der EU, was gegen die Verfassung und die Bevölkerung gerichtet ist,

- müssen die anderen Regierungsparteien und die anderen Parteien im Parlament einen Misstrauensantrag an die Außenministerin stellen,
- die Öffentlichkeit über diese Kriegsteilnahmepläne der Außenministerin informieren
- und im Sinne der Verfassung Österreichs und der Unabhängigkeit und Nicht-Kriegsteilnahme Österreichs die Bevölkerung gegen diese Pläne mobilisieren.

Die immerwährende Neutralität Österreichs ist die Lehre aus der leidvollen Geschichte zweier Weltkriege, sich nie wieder an Kriegen zu beteiligen.

NEOS im EU-Parlament:

Für Verdreifachung des österreichischen Heeresbudgets

Helmut Brandstätter, NEOS-Abgeordneter im EU-Parlament, fordert in einem u.a. gemeinsam mit der deutschen Rüstungslobbyistin und Kriegshetzerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) einbrachten Antrag (https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/B-10-2025-0148_EN.html) die Schaffung einer EU-Armee, die Aufrüstung und Ausrichtung der EU zu einem vollwertigen Kriegsbündnis und dass die EU-Mitglieder verpflichtet werden, mindestens drei Prozent ihres BIPs fürs Heer auszugeben. Für Österreich würde das eine Verdreifachung des derzeitigen 4,3-Mrd. Euro-Bundesheerbudgets bedeuten – also fast 13 Mrd. Euro im Jahr. Das wäre fast das Budgetdefizit, das die Regierung 2025 und 2026 abbauen will. Da schließt sich der Kreis: Brandstätter lobbyiert offen für das, was Außenministerin Meinl-Reisinger in Österreich verklausuliert macht (siehe oben). Die anderen Regierungsparteien ÖVP und SPÖ schweigen dazu – ebenso war von den Grünen oder der FPÖ in Österreich dazu nichts zu hören.

Atomindustrie wittert Aufwind

Auch die Atomkonzerne in Europa/EU wittern im Zuge der ausgerufenen „Rüstungsnotwendigkeiten" Aufwind. Bekanntlich können ja aus den „Abfallprodukten" der Strom-AKWs auch Atombomben erzeugt werden. Frankreich und Großbritannien sind und waren da voll dabei. Jetzt will auch Italiens faschistische Meloni-Regierung das zweimalige Atom-Nein der Bevölkerung (1987 und 2011) umstoßen und neue AKWs errichten. Auch in Deutschland wollen die Konservativen (CDU/CSU), die ja mit Merz den nächsten Kanzler stellen, die Gunst der Stunde nutzen. Der am 15. April 2023 per Gesetz beschlossene und begonnene Rückbau (Abriss) von AKWs soll wieder rückgängig gemacht werden. Bei uns fragte jüngst Axel Kassegger von der FPÖ, die sich ja sonst gerne als Anti-Atom-Partei gibt, ob es sich Österreich noch länger leisten könne, ohne Atomstrom auszukommen (Heute, 19.3.2025).

Wir sagen: Wir können uns Atomstrom nicht leisten, weil lebensgefährlich und tödlich – wie die AKW-Unfälle zeigen, auch kein Ausweg aus der Klimazerstörung und unglaublich teuer sind. Das war und ist schon z.B. bei der britischen AKW-Anlage Hinkley Point so, das ist in Frankreich oder z.B. auch in Finnland so. Dort hat sich nicht nur die Fertigstellung um Jahre verzögert, auch die Kostenschätzungen haben sich von 2008 bis 2022 von 4,5 Milliarden auf 11 Milliarden Euro erhöht. AKWs braucht kein Mensch, nur die Atomstrom- und Atomwaffenlobby – auf Kosten von Geld und Leben der Masse der Menschen.

Klimawandel in Österreich

Der Gletscher-Bericht des Alpenvereins zeigt alarmierende Ergebnisse: Fast alle 90 in Österreich bestehenden Gletscher zogen sich im Berichtsjahr 2023/24 um durchschnittlich 24 cm zurück. Das ist der dritthöchste Wert in der 134-jährigen Messgeschichte. Grund: Mit Ausnahme von 2 Monaten war es um durchschnittlich 1,9 Grad zu warm.

Belastungs-Rundumschlag – aber nur bei der Bevölkerung

Schon vor den Wahlen und erst recht seitdem wird tagtäglich in den Medien mit der Rede vom Budgetdefizit, vom Budgetloch, vom Pleitegeier, der über Österreich kreist, Stimmung gemacht. Wer das Budgetloch schließen soll, darüber sind sich Regierung, alle Parteien, Wirtschaft, Militär und Medien einig: Die Bevölkerung, sie soll Kürzungen in allen Lebensbereichen hinnehmen.

Die breite Masse der Menschen wird massiv auf Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerung eingestimmt, soll Kürzungen bei Pensionen akzeptieren, weiterhin Mieten auf hohem Niveau bezahlen, weiterhin von den Energiekonzernen hohe und steigende Kosten für Strom und Heizung verrechnet bekommen und widerspruchslos hinnehmen, sich auf Kürzungen bei Arbeitslosengeld, Kindergeld, Sozialhilfe oder im Gesundheitswesen (Krankenkassen, ÖGK) auf ein „Sparpaket", also auf Leistungskürzungen oder neue Selbstbehalte, einstellen und schauen wie sie mit den weiterhin steigenden Lebensmittelpreisen durchkommt. Immer weniger Menschen können sich das ständig teurer werdende Leben leisten. Die Sozialmärkte werden überrannt.

2,9 Milliarden Euro sollen bis 2031 bei den Pensionist:innen eingespart werden. Dazu kommen 320 Millionen Euro jährlich auf immer, also unbefristet, durch die Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge um fast 1%.

2,3 Milliarden Euro kommen durch Streichung des Klimabonus ins Budget. Da die CO2-Besteuerung bleibt, ist das eine glatte Steuererhöhung für Millionen von Menschen. Während die Kürzungen bei Pensionen und der Entfall des Klimabonus für Millionen von Menschen unbefristet erfolgen, sind die mageren je 250 Millionen Euro jährlich, die Banken und Energiekonzernen als „Solidarbeitrag" abverlangt werden, zeitlich befristet.

Der auf 5% nach oben begrenzte „Mietendeckel" ist auf drei Jahre befristet und wird aufgrund der mittlerweile gesunkenen Inflation kaum greifen. Zudem sollen im Gegenzug den Vermietern drohende Milliardenrückzahlungen wegen jahrelanger unrechtmäßiger Indexerhöhungen erlassen werden. Gewinner sind die Hausherren, Verlierer die Mieter.

Wohnungsmieten immer unerschwinglicher

„Leerstand verschärft Not
Wohnungseigentümer (und Erben), die ihre Immobilie nicht selbst nutzen müssen, lassen diese lieber leer stehen, um sich Probleme … zu ersparen. Der Wert der Wohnung steigt ohnehin jedes Jahr. Das ist einer der Gründe für den großen Leerstand in Österreich, der wegen fehlender Daten nicht genau beziffert werden kann – Schätzungen variieren zwischen ***200.000 und 500.000 Leerständen***. (Kurier,23. 3. 2025; Hervorhebung durch die Red.)

Und was geschieht? Die Regierung prüft höhere Leerstandsabgaben und plant den Aufbau eines bundesweiten Leerstandskatasters … Das wird schon seit Jahren von Mieterverbänden, Arbeiterkammer, Gewerkschaften gefordert. Geschehen ist nichts. Es besteht die Befürchtung, dass das eine Sankt-Nimmerleinstag-Ankündigung ist, es diesem Kataster dann so ergeht wie der seinerzeit angekündigten Transparenzdatenbank? Diese ließ ewig auf sich warten und ist bis heute unvollständig.

Das Budgetdefizit hat nicht die breite Masse der Bevölkerung verursacht:

So haben die türkis-blaue und die schwarz-grüne Regierung der letzten Jahre das Budgetdefizit im Interesse der Wirtschaft verursacht:

- 50 Milliarden Euro Unternehmensförderungen durch Coronahilfen
- 30 Milliarden Euro Bankengewinne in den letzten drei Jahren, davon allein 2024 11,5 Milliarden Euro (Nationalbank, Presse, 9.4.2025) – ohne nur annähernd entsprechender „Übergewinn"-Besteuerung und obwohl die Banken nach der Finanzkrise 2008 auf Kosten der Allgemeinheit gerettet wurden
- 6 Milliarden Euro Gewinn schrieben Österreichs Stromkonzerne zwischen 2022 und 2024. Doch deren „Übergewinne" wurden nur zu ca. 3% besteuert
- 8 Milliarden Euro schüttete die OMV von 2021 bis 2023 an Dividenden an ihre Aktionäre aus. Auch hier ist die Besteuerung der „Übergewinne" ein Hohn, greift kaum, zahlt der Konzern quasi aus der Portokasse
- Weitere Steuersenkungen für die Großunternehmer, z.B. Senkung der Körperschaftssteuer (KÖSt) von 25% auf 23%
- 60 Milliarden Euro bis 2032, um das Bundesheer „kriegsfähig" zu machen. Das jährlichen Heeresbudget soll von heuer 4,2 Milliarden Euro bis 2032 Schritt für Schritt auf 2 % des BIP angehoben werden. Das kostet in Summe rund 45 Milliarden Euro. Dazu sollen fast 17 Milliarden Euro bis 2032 für Rüstungskäufe kommen (Standard, 10.12.2024). Allein 7 Milliarden Euro davon macht die Anschaffung von Sky Shield aus.
  Budgetloch? Diese 60 Milliarden Euro werden nicht in Frage gestellt?
  (https://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/landesverteidigungsbericht_2023.pdf).

So oder ähnlich soll es – Budgetloch hin, Budgetloch her – auch in Zukunft weitergehen. So ist etwa die weitere Streichung von Sozialbeiträgen der Unternehmer, die diese pro Beschäftigten zahlen (sog. „Lohnnebenkosten“, die ja sowieso von den Arbeitenden erwirtschaftet werden), ab 2027 geplant. Beispielsweise durch die Senkung der Beiträge der Unternehmer zum Familienlastenausgleichsfonds (FLAF). Die „Lohnnebenkosten“ um einen Prozentpunkt zu senken, sorgt für einen Einnahmenausfall für den Staat von 1,6 Milliarden Euro zum Schaden der Familien. (Standard, 26.2.2025). Und: Für die Arbeitnehmer:innen bringt eine Lohnnebenkostensenkung nicht mehr Einkommen, sondern indirekt sogar weniger. So bedeuten FLAF-Kürzungen weniger Familienleistungen des Staates.

Menschen werden belastet, die Wirtschaft, die Verursacher, weiter geschont und bevorzugt

Tagtäglich stellen sich Wirtschaft, Industrie, Militärs beim Staat, bei der Regierung an und halten die Hand auf. Sie verlangen, dass für den „Standort Österreich“ bei ihnen sicherlich nicht gespart werden darf oder wollen staatliche Energiepreishilfen (https://www.diepresse.com/19583118/trotz-budgetfiaskos-die-industrie-will-vom-staat-ihr-geld-zurueck, 16.4.2025).

Unterstützt werden sie dabei von „Experten“ und „Expertinnen“ der verschiedenen jeweils den Wirtschaftsinteressen verpflichteten Instituten wie WIFO oder IHS oder ganz offen von der Wirtschaft gesponserten Instituten wie Agenda Austria oder Eco Austria. Sie alle fordern sogenannte „Strukturreformen“ und meinen damit z.B. die Anhebung des Pensionsalters, Kürzungen im Gesundheitswesen, usw. In Wirklichkeit sollen die Gewinne der Banken, Versicherungen, Energie- und Produktionskonzerne nicht angetastet werden. Doch genau da läge aber die längst notwendige Strukturreform – die höchst notwenige Umstellung der auf Profitmaximierung ausgerichteten Wirtschaft für die Wenigen auf eine am Gemeinwohl orientierte solidarische Wirtschaft für ein gutes Leben für alle!!

ÖGK plant Sparpaket

Ärztekammer als Speerspitze der Privatisierer des Gesundheitssystems

Die Ärztekammer behauptet, das Defizit der ÖGK sei selbstverschuldet durch das ÖGK-Management und ruft nach einem externen „Prüfer“ für die ÖGK.

Tatsächlich befürchtet die ÖGK, dass dieses Jahr das Kassen-Defizit auf 900 Mio. Euro steigen wird. Doch was verursacht das Defizit? Die ÖGK hat Verwaltungsausgaben von nur 2%! Kein anderer privater Konzern hat vergleichbar so wenig Verwaltungsausgaben. Privatversicherer haben Verwaltungskosten von bis zu 30%! Bei der ÖGK gehen hingegen 98% der Versicherteneinnahmen in die Gesundheitsversorgung. Siehe dazu den Jahresbericht der ÖGK aus 2023: https://www.gesundheitskasse.at/cdscontent/?contentid=10007.898894&portal=oegkportal – Zahlen – Daten Fakten.

ÖGK: Kein Ausgaben-, sondern ein Einnahmenproblem

Der Grund ist, dass die Wirtschaft in der Krise ist und die Arbeitslosigkeit steigt, es somit an Beitragseinnahmen fehlt. Gleichzeitig steigen die Gesundheitsausgaben durch eine alternde Bevölkerung. Dazu kommen die EU-Vorgaben, im Gesundheitssystem zu „sparen", die schwarz-blauen (2000 – 2006) sowie die türkis-blauen „Kassenreformen“ (2018). Statt der „Patientenmilliarde“ verursachte allein die letzte „Reform“ 200 bis 300 Mio. Euro an Mehrkosten, die jetzt im Gesundheitssystem abgehen.

Durch diese jahrelange und fortgesetzte Aushungerung (Unterfinanzierung) der ÖGK wird absichtlich ein Defizit „provoziert“. Zuerst durch Mittelentzug und Nichtfinanzierung die Krankenkassen (ÖGK) aushungern, dann die so unverschuldet zu Schulden gekommenen Kassen als schlecht wirtschaftende Institutionen hinstellen, wie das gerade jetzt (wieder einmal) die Ärztekammer macht.

Dieses „Defizit“ wird jetzt zum Vorwand genommen, um zuerst Patientenleistungen zu kürzen sowie medial nach Privatisierung der „maroden“ Sozialversicherung zu rufen und die Versichertengelder der Arbeiter und Angestellten so gänzlich in die Hände der privaten Gesundheitskonzerne überzuführen.

Jetzt plant die ÖGK ein Sparpaket

Das sieht Einschränkungen und Selbstbehalte (z.B. Rettungstransporte, Ambulanzgebühren, usw.) vor. Details will die ÖGK nach den Verhandlungen mit der Ärztekammer Ende April 2025 vorlegen. **Für Aufrüstung ist Geld da, aber für Gesundheit und Soziales nicht?** Für die Versicherten bedeutet diese Situation weiter lange Wartezeiten in Spitälern und bei Ärzten, weniger Kassenärzte, mehr teure private Wahlärzte, die sie dann zusätzlich zum Sozialversicherungsbeitrag aus eigener Tasche (Selbstbehalte) bezahlen müssen.

Aus: Kurier, 20.4.2025

Die Nichterhöhung des Gesundheitsbudgets im erforderlichen Ausmaß für die Bereitstellung von Gesundheitsleistungen für alle im öffentlichen Gesundheitssystem, spielt privaten Gesundheitsanbietern, Privatärzten und privaten Gesundheitskonzernen in die Hände. Diese spielen sich als „Retter“ der „maroden Krankenkassen“ auf, kassieren aber dann bei den Patient:innen ab.

Fortsetzung letzte Seite

tränen über
von feuer
zerstörtem land
menschen morden
auf befehl menschen
mein haus eine
ruine ein leben
ohne freude ohne
hoffnung unendliches
leid trostlos armselig
ein aufstand des
lebens ist notwendig
die waffen gehören
in ein massengrab
nicht die menschen
woher kommt hilfe
für mich um zu leben
ich schreie um hilfe
keine antwort ich bin
verlassen und einsam
bemerkt mich denn
keiner/keine sieht
niemand meine not was
für eine welt ohne hilfe
ohne gnade ohne
barmherzigkeit ohne
rücksichtnahme
wo sind menschen die
für mich eintreten
mich befreien aus
meiner not menschen
die dem grauen ein ende
machen die zukunft
erschaffen für jeden
wo jede not endet und
frieden kein leeres wort
mehr ist für immer

was wäre wenn krieg
wäre und keiner
ginge hin was wäre
wenn alle waffen
verschrottet würden
und alle menschen
in frieden leben
könnten was wäre
wenn alle feind-
schaften
vergessen wären
und allüberall
versöhnung und
freundschaft
einkehren würden
was wäre wenn
es für jeden
menschen einen
platz zum leben
gäbe und nach-
barn die ihr brot
mit ihm teilen
würden was wäre
wenn jeder die
würde eines jeden
menschen aner-
kennen würde
was wäre wenn
unsere welt
nicht mehr dem profit
geopfert würde
was wäre
wenn wir einander
in der not beiste-
hen würden was
wäre wenn wir die
hoffnung auf
solche zeiten
nicht aufgeben
würden

R A N D N O T I Z E N

R A N D N O T I Z E N

Fortsetzung von Seite 10

Was zudem keine der Streitparteien sagt …

… ist, dass z.B. ein wertschöpfungsbasiertes Beitragsaufkommen die Herausforderungen bewältigen kann. **Siehe dazu auch den proSV-Beitrag** in der Soli-Zeitung Nr. 1/25: Angriff auf ÖKG + Gesundheit_HP

Die ÖGK zu den ungerechtfertigten Vorwürfen der Ärztekammer:
https://www.gesundheitskasse.at/cdscontent/?contentid=10007.904677&portal=oegkportal

NEIN zur ÖGK in Unternehmerhand!

JA zu einer öffentlichen und selbstverwalteten solidarischen Kranken- und Sozialversicherung in den Hände der Arbeitern und Angestellten und mit entsprechender finanzieller Ausstattung.

Endlich!
Schwerarbeiter-Regelung für Pflegekräfte

Die vom ÖGB kommende neue Sozialministerin Korinna Schumann hat eine jahrelange Forderung der Beschäftigten aus dem Pflegebereich nun umgesetzt: Sie dürfen, wenn sie die entsprechenden Beschäftigungsjahre haben, aufgrund ihrer schweren physischen und psychischen Arbeitsbedingungen früher in Pension gehen. Bravo!
Was wir aber nicht nachvollziehen können ist, dass die neue Sozialministerin zustimmt, den Zuverdienst zum Arbeitslosengeld auslaufen zu lassen. Diese Regelung diente dazu, arbeitslose Menschen wieder in den Arbeitsprozess zu integrieren. Die Arbeitslosigkeit wird durch diese Maßnahme nicht sinken. Statt die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, bekämpft die Regierung die Arbeitslosen. Das ist ein ganz falsches Signal!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache auch weiterhin benötigen! Auftreten gegen: Wirtschaftskrise, Ausbeutung, Unterdrückung, Militarisierung, Atomrüstung, AKWs, Krieg, Umwelt- und Klimazerstörung usw. Eintreten für Sozialstaat, Demokratie, Frieden, Neutralität, Natur-, Umwelt- und Klimaschutz.
Nur gemeinsam können wir eine bessere Zukunft erreichen.

Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, ist unser Auftreten nur durch ehrenamtlichen Einsatz und durch Spenden unserer LeserInnen und Aktivistinnen und Aktivisten möglich! Alle, die unsere Auffassungen teilen, laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

Mit kollegialen Grüßen – Redaktionsteam

Spendenkonto bei der BAWAG P.S.K.
IBAN: AT19 6000 0101 1022 7650
BIC**:** BAWAATWW; **Empfänger*in:** GGAE OESK, **Verwendungszweck:** Spende

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. ZVR 100322133

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift "Gewerkschafter gegen Atomenergie" ist zu 100% der gleichnamige Verein, Stiftgasse 8, 1070 Wien. Vorstand: W. Leisch, H. Schriffl, P. Düringer.

Österreichische Post AG
SM 20Z042140 S
Gewerkschafter gegen Atomenergie
Stiftgasse 8, 1070 Wien

Datenschutzerklärung siehe:
www.atomgegner.at/datenschutzerklaerung-impressum